

# Resolution

---

anlässlich der Landesfrauenkonferenz des  
Sozialverbandes VdK Bayern  
am 23. und 24. September 2010

---

zum Thema  
**Häusliche Pflege**



Sozialverband VdK Bayern e.V.  
Frauen im Ehrenamt  
Schellingstraße 31  
80799 München  
Telefon: 089/2117-134

Das Bild vom Alter hat sich in den letzten Jahren positiv verändert, aktive und engagierte ältere Menschen bestimmen zunehmend das Altenbild in unserer Gesellschaft. Im Laufe der letzten Jahre ist das Risiko, im Alter pflegebedürftig zu werden, kontinuierlich gesunken. Nach den Ergebnissen des neusten Alterssurvey<sup>1</sup> sind die „Alten der Zukunft“ gesünder als vor ihnen geborene Jahrgänge. Die Lebenserwartung bei Geburt liegt für Männer etwa bei 77, für Frauen bei 81 Jahre. In 50 Jahren könnte die Lebenserwartung für Männer auf 85 und für Frauen auf 89 Jahre steigen. Ein weiteres positives Ergebnis dieser Studie ist, dass der Generationenzusammenhalt weiterhin besteht, die Älteren unterstützen die Jüngeren (Kinder und Enkelkinder) mit finanziellen Mitteln und die jüngere Generation ist nach wie vor bereit die Eltern im Pflegefall zu versorgen. Insgesamt betrachtet werfen diese Ergebnisse ein durchaus „rosiges Licht“ auf das Älterwerden in Deutschland.

Doch auch diese „Medaille“ hat nicht nur eine positive Seite. Durch die höhere Lebenserwartung steigt der Anteil der älteren Menschen und somit wächst auch die Zahl der Pflegebedürftigen<sup>2</sup> an. Bis 2010 beträgt Ihre Zunahme laut den Berechnungen des Statistischen Bundesamtes 50 Prozent, d. h. 2,7 Millionen Personen werden pflegebedürftig sein. Im Jahr 2050 wächst diese Personengruppe auf 4,7 Millionen an.

Die meisten Menschen wünschen sich im Pflegefall zu Hause versorgt zu werden und 2005 wurde bereits 2/3 der Pflegebedürftigen dieser Wunsch erfüllt. 980.000 Pflegebedürftige wurden zu Hause allein durch ein oder mehrere Angehörige gepflegt und 472.000 wurden mit Unterstützung ambulanter Pflegedienste versorgt. Es wurde ein zeitlicher Aufwand der Hauptpflegepersonen von 60,6 Std./Woche in Pflegestufe III, 49,5 Std./Woche in Pflegestufe II und 37,9 Std./Woche in Pflegestufe I festgestellt und dies ohne Berücksichtigung eventueller Demenzerkrankungen bei den jeweiligen Pflegebedürftigen.

Rund 13 Prozent der Erwerbstätigen zwischen 40 und 65 Jahren unterstützen, beziehungsweise pflegten im Jahr 2008 eine hilfe- oder pflegebedürftige Person. Die Sorge für diesen Menschen umfasst neben der körperlichen Pflege auch hauswirtschaftliche Hilfen und Betreuung im Alltag. 2008 waren 50 Prozent der Pflegepersonen in Vollzeit und 20 Prozent in Teilzeit beschäftigt und nur 30 Prozent geringfügig oder gar nicht erwerbstätig. 60 Prozent der Pflegepersonen sind Frauen. Mit der steigenden Erwerbsbeteiligung in der zweiten Lebenshälfte, wie es von der Bundesregierung geplant wird, werden sich die Rahmenbedingungen für die Pflege von Älteren in der Familie zukünftig weiter verändern.

Damit diese „rosigen Zeiten“ des Älterwerdens sich nicht zu „schwarzen Zeiten“ wandeln, ist es u. a. dringend notwendig strukturelle Veränderungen in den Rahmenbedingungen der häuslichen Pflege einzuleiten.

---

<sup>1</sup> Alterssurvey 2010, Hrsg. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

<sup>2</sup> §14 SGB XI: Pflegebedürftigkeit besteht, wenn Personen, die wegen einer körperlichen, geistigen oder seelischen Krankheit oder Behinderung für die gewöhnlichen und regelmäßig wiederkehrenden Verrichtungen im Ablauf d. täglichen Lebens auf Dauer, voraussichtlich für mindestens sechs Monate, in erheblichem oder höherem Maße der Hilfe bedürfen. ...

1. Das Pflegegeld ist als Anerkennung und Anreiz für pflegende Angehörige gedacht, momentan offenbart es aber eher die gesellschaftliche Geringschätzung, denn weder die Inflationsrate noch die tatsächlich anfallenden Kosten einer häuslichen Pflege werden bei den Pflegesätzen berücksichtigt. Eine Anhebung der Pflegesätze ist somit dringend geboten.
2. Eine Überbelastung der pflegenden Angehörigen ist durch den hohen Zeitaufwand vorprogrammiert, vor allem wenn diese Personen noch im Berufsleben stehen. Die Schaffung einer Familienpflegezeit kann somit nicht das einzige Mittel gegen diesen Pflegenotstand sein. Das geplante Modell des Bundesfamilienministeriums ist für Frauen, die immerhin fast 2/3 der häuslichen Pflege tragen, keine gute Lösung. Reduzierter Lohn bedeutet Rentenreduzierung und dies ist für Frauen, die häufig in Teilzeit- und Niedriglohnjobs arbeiten, nicht tragbar.
3. Wir fordern auch in Bayern den Aufbau von Pflegestützpunkten, die eine wichtige und gute Unterstützung der pflegenden Angehörigen sind. Ebenso sollten rechtzeitig die Weichen für ein breites und innovatives Angebot an unabhängigen Pflegeberatungen und -einrichtungen geschaffen werden, denn auch diese sind unverzichtbar.
4. Die Angebote an Kurzzeit- und Tagespflegeeinrichtungen müssen ebenfalls ausgebaut werden, denn bedarfsgerechte und wohnortnahe Unterstützungsangebote für pflegende Angehörige sind dringend notwendig. Nur so kann eine ständige Überbelastung der Pflegepersonen und dadurch eine drohende Heimzuweisung des Pflegebedürftigen vermieden werden.
5. Die Versorgung von demenzkranken Menschen im häuslichen Umfeld, überschreitet häufig den normalen Hilfsbedarf. Zwar wurde 2009 einer Überarbeitung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs hinsichtlich dem besonderem Bedarf der Pflege von Demenzkranken entsprochen, bis jetzt wurde diese Definitionserweiterung jedoch bei der Festlegung des Pflegegeldes nicht berücksichtigt.
6. Die weitere Entwicklung der häuslichen Pflege sollte rechtzeitig geplant werden, denn durch Kinderlosigkeit und Single-Dasein wird die Pflege immer weniger von der Familie übernommen werden können. Der Pflegemarkt der Zukunft wird noch mehr expandieren als in der Vergangenheit, der Bedarf an gutem und motiviertem Pflegepersonal wird zunehmen. Die Pflegeberufe müssen gesellschaftlich und finanziell eine Aufwertung erfahren.

„Die Würde des Menschen ist unantastbar“ - Dies ist in unserem Grundgesetz verankert und schließt sicherlich ein Älterwerden und Sterben in Würde mit ein. Allerdings sollten dafür auch die Möglichkeiten in unserem Sozialsystem geschaffen werden, denn immerhin leben wir in einem Land, das gemessen am nominalen Bruttoinlandsprodukt die größte Volkswirtschaft Europas und viertgrößte in der Welt besitzt.